Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa
Nr. 3/2017

Asst. Prof. Anıl Al-Rebholz

Flüsternde Zivilgesellschaft in der Türkei. Zwischen Vertretung, Überwachung und sakraler Ekstase

Gemeinsam ist allen liberalen zivilgesellschaftlichen Ansätzen, dass einige normative Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit eine Zivilgesellschaft erblühen kann. Demokratien wachsen mit einer starken Zivilgesellschaft.

Welche Voraussetzungen sollten dies sein? Zuallererst sollten Zivilgesellschaften grundlegende Werte wie Pluralismus und Inklusion befördern. Sie sollten „frei" sein; eine funktionierende demokratische Öffentlichkeit und Rechtsstaatlichkeit aufweisen. Durch den Staat sollten auch Rechte und Institutionen gesichert sein, die wiederum durch verschiedene politische, juristische und sozioökonomische Maßnahmen unterstützt werden sollten. Verstanden als Sphäre des freien Vereinslebens soll Zivilgesellschaft wie eine Korrektur aller politischen Ideologien – die jeweils eine andere Definition vom guten Leben vorgeben – wirken.[1] Das liberal-normative Modell vernachlässigt aber, dass Zivilgesellschaft, verstanden als freie Sphäre des demokratischen Lebens, selbst von Widersprüchlichkeiten, Machtverhältnissen und gesellschaftlichen Konflikten durchgedrungen sein kann und fördert ein dichotomes Verständnis von Staat – Zivilgesellschaft und sieht in dieser Gleichung den freien, demokratischen Raum im Raum der Zivilgesellschaft. Im Gegensatz zu einem solch dichotomen, liberalen Verständnis von Zivilgesellschaft, versteht der Gramscianische Ansatz „Zivilgesellschaft" als einen Teil des integralen Staats (ausgestattet mit Zwang und Konsens), bei dem die Herstellung eines gesellschaftlichen hegemonialen Konsens als Produkt der politischen, kulturellen und ökonomischen Kämpfe zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften und sozialen Gruppen in der Zivilgesellschaft stattfindet.[2]

Um die Situation der heutigen Zivilgesellschaft in der Türkei verstehen zu können, benötigen wir sowohl das liberale Verständnis von Zivilgesellschaft wie auch den Gramscianischen Ansatz.

[1] Anıl Al-Rebholz (2012): Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei, Bielefeld: transkript, S. 65-68.

[2] Ebd.

Von Bürgern zu Informanten

Insbesondere nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15./16. Juli 2016, aber auch in den Jahren zuvor wurde die türkische Gesellschaft zu einer Überwachungsgesellschaft.

Im Zeitalter der globalen Neoliberalisierung sprechen Michael Hardt und Antonio Negri von vier verschiedenen Formen der Subjektkonstitution, die entlang der Typen „Verschuldeten", „Verwahrten", „Vernetzten" und „Vertretenen" stattfinden.[3] Bei der Verwahrten-These geht es nicht um die Überwachungstechnologien eines autoritären Staats und seiner Zwangsapparate wie Polizei, Armee oder Geheimdienste die Bevölkerungsgruppen unterdrücken, sondern darum, dass die Bürger sich freiwillig und gerne der Überwachung unterstellen: „Wir (Bürger] folgen d[er] Aufforderung, die Augen offen zu halten und nach auffälligen Fahrgästen in der U-Bahn, verdächtigen Sitznachbarn im Flugzeug oder ungewöhnlichen Aktivitäten in der Nachbarschaft Ausschau zu halten."[4] Inspiriert durch den foucaultischen Ansatz über disziplinierende Techniken führen die Theoretiker zwei Hauptrollen aus, die den Bürgern in so einer Gesellschaft abwechselnd zu spielen bleibt: den „Gefangenen" und den „Aufseher."[5]

Schon vor dem 15. Juli 2016 gab es in der Türkei mehrere Fälle in denen Bürger, die wegen Aussagen auf der Straße, in Caféhäusern, in Zeitungsberichten oder auf Facebook mit der Beschuldigung „Beleidigung des Staatspräsidenten" sich vor Gericht wiederfanden, aber insbesondere im Zeitraum nach der Putschnacht wurde die Beobachtung und das Spionieren der Bürger durch Bürger zum Alltag. Gewollt und angestiftet zur Spionage selbst durch die Regierung wurden Dorfvorsteher (Muhtars), Eheleute, Freunde, Verwandte, Rektoren, Dekane, Professoren und Studierende zu Informanten.[6] Die Muhtars sollen jene Bewohner ihrer Dörfer gegenüber den Behörden melden, die im Verdacht stehen, bei dem am 16. April 2017 stattfindenden Referendum mit „Nein" zu stimmen. Eheleute beschuldigen ihre jeweiligen Partner der Beleidigung des Staatspräsidenten – vermutlich Auswüchse eines Ehekonflikts mit ganz anderen, privaten Beweggründen. Universitätsrektoren sind aufgefordert, Dekane mit Beziehungen zur Gülen-Bewegung zu melden, Dekane wiederum sollten entsprechend verdächtige Professorinnen und Professoren ihrer Fakultät ebenso den Behörden melden. Selbst Studierende melden Lehrende wegen regierungskritischen Äußerungen in ihren Seminaren. Da wohl mehrfach falsche Beschuldigungen – Anhänger/ Sympathisant der Gülen-Bewegung zu sein – offenbar wurden, sah sich der Premierminister Binali Yıldırım da-

[3] Michael Hardt & Antonio Negri (2013): Demokratie! Wofür wir kämpfen, Frankfurt: Campus Verlag.

[4] A.a.O., 26.

[5] A.a.O., 27.

[6] Laura Pitel, "Erdogan's Informers: Turkey's descent into fear and betrayel", Zeitungsartikel, 16 March 2017, https://www.ft.com/content/6af8aaea-0906-11e7-97d1-5e720a26771b, Alle Internetadressen wurden zuletzt am 16 und 17. März 2017 aufgerufen.

zu genötigt, die aktuellen Ereignisse nicht dazu zu nutzen, um alte, offene Rechnungen zu begleichen.

Neben den öffentlichen Räumen der Straße und den Universitäten, der virtuellen Räume der sozialen Medien sowie dem privaten Bereich der Familien und Verwandtschaften, durchdringt die Überwachung auch das Arbeitsleben und die Körper der Berufstätigen. Eine Industriemitarbeiterin berichtet, dass an ihrem Arbeitsplatz, ein gewerkschaftsfreies Unternehmen aus der Automobilzulieferindustrie in der Nähe Istanbuls, Arbeitsräume am Produktionsband, aber auch die Aufenthaltsräume kameraüberwacht seien und selbst die dort stattfindenden Gespräche aufgezeichnet würden, wie ihr die Kolleginnen mitteilten und deshalb auch nicht über politische Inhalte sprechen wollten. Laut Unternehmensleitung sei der Arbeitsplatz ohnehin kein geeigneter Ort für politische Gespräche und die Werktätigen sollten sich im Sinne des Unternehmens und des Vaterlandes vereinigen.[7]

Das neue Sicherheitskonzept

Angelehnt an den foucaultischen Ansatz vertreten Hardt und Negri die These, dass wir, entsprechend der postindustriellen Periode, heute nicht in Disziplingesellschaften sondern in Kontrollgesellschaften leben.[8] Zwar erscheinen die Kontrollgesellschaften im Gegensatz zu den harten und von außen auferlegten Maßnahmen der Disziplingesellschaften viel demokratischer, aber nichtsdestotrotz sind alle Felder des sozialen Lebens machtdurchdrungen und penetrieren das Bewusstsein und die Körper der Menschen der Kontrollgesellschaften. Eines der Hauptmerkmale der postindustriellen Periode ist der Wechsel vom Verteidigungs- zum Sicherheitsparadigma. Während Verteidigung sich eher in passiven, präventiven Maßnahmen äußert, soll Sicherheit sowohl im Inland als auch im Ausland aktiv hergestellt werden.[9]

Allein im Jahre 2016 sollen in der Türkei durch mehr als 267 terroristische Anschläge über 200 Staatsbürger getötet worden sein.[10] Angesichts dieser Anschläge landesweit und städtischer Aufstände in der kurdischen Region im Winter/Frühjahr 2016 wurde durch die Regierung ein neues Sicherheitskonzept entwickelt. Im Rahmen dieses Konzepts sollen jeder Straße, jedem Viertel Polizeibeamte zugeordnet werden, damit sich die Bewohner der Städte wie z.B. Cizre, Silopi oder Sur in den kurdischen Region sicher fühlen und sich an die Polizeibeamte wenden können.[11] Als eine Anforderung an die globale Ordnung soll dieses Sicherheitskonzept alle Bereiche umfassen und soll durch die Zusammenarbeit von Polizei, Armee

[7] https://www.evrensel.net/haber/309940/ses-tonumuzu-kisiyor-ama-susmuyoruz

[8] M. Hardt & A. Negri (2015): İmparatorluk. İstanbul: Ayrıntı.

[9] Ebd.

[10] https://www.ft.com/content/6af8aaea-0906-11e7-97d1-5e720a26771b

[11] http://onedio.com/haber/yeni-guvenlik-konsepti-sokaklar-polise-zimmetlenecek--689320

und Dorfschützern[12] – wie das Staatspräsident Erdoğan auf einer Sicherheitskonferenz im November letzten Jahres angekündigt hat[13] – gewährleistet werden.

Das neue Sicherheitskonzept der türkischen Regierung steht im Einklang mit dem Sicherheitsparadigma wie es durch Hardt und Negri oben erläutert wurde, da ein aktives Sicherheitsverständnis vorliegt. In den Worten des Staatspräsidenten Erdoğan: „[w]ird im Inland oder Ausland nicht darauf gewartet, dass feindliche Kräfte zuschlagen, sondern wird versucht, die Gefahr direkt an seiner Quelle zu beseitigen." Er fügt hinzu: „ein solches Sicherheitskonzept beschränkt sich nicht auf die Verteidigung der Grenze, sondern es soll von der Verteidigung bis zur Sicherheit, von der Gerechtigkeit bis zum Gesundheitssystem, von der Wirtschaft bis zum Verkehr, von der Energie bis zur Bildung, von den Informationstechnologien bis zur Urbanisierung, alle Bereiche umfassen."[14]

Zivilgesellschaftliches Engagement oder gelenkte Zivilgesellschaft?

Unter dem Typus des „Vertretenen" stellen Hardt und Negri das normative ideale Modell der repräsentativen Demokratie kritisch in Frage. Angesichts von Lobbyisten, Meinungsbildnern, allmächtigen Medien, der Finanzindustrie und ausgewählten politischen Eliten, werfen sie die Frage auf, inwieweit heutzutage tatsächlich noch der Volkswille durch die repräsentativen Demokratien repräsentiert wird?

„Heute sind nur noch die Superreichen in der Lage, mit eigenen Mitteln in die Politik zu gehen, die anderen müssen korrumpieren und sich korrumpieren lassen. Wenn die sogenannten Volksvertreter erst einmal gewählt worden sind, bereichern sie sich weiter. (…) Unabhängige soziale Bewegungen werden dagegen von den Medien wirkungsvoll kontrolliert und unterdrückt."[15]

Angesichts der Lenkung, Manipulation und Verängstigung der Massen seitens der Regierenden, die mit Korruptionsvorwürfen behaftet sind, in wie weit kann das Ergebnis des Refe-

[12] Die Institution des Dorfschützers basiert auf einem türkischen Gesetz aus dem Jahre 1985 und ist eine höchst umstrittene Maßnahme, die für die kurdische Region vorgesehen ist. Dorfschützer werden für Morde mit unbekannten Tätern ebenso wie mit Gesetzesverstößen während der Evakuierung kurdischer Dörfer in Beziehung gebracht.

Siehe https://tr.wikipedia.org/wiki/Ge%C3%A7ici_k%C3%B6y_korucusu

Im Februar 2017 wurde angekündigt dass 25.316 neue Dorfschützer eingestellt werden sollen.

Siehe http://www.bik.gov.tr/25-bin-genc-korucu-alinacak/

[13] http://www.tccb.gov.tr/konusmalar/353/61114/turkiyenin-yeni-guvenlik-konsepti-konferansinda-yaptiklari-konusma.html

[14] http://www.tccb.gov.tr/konusmalar/353/61114/turkiyenin-yeni-guvenlik-konsepti-konferansinda-yaptiklari-konusma.html

[15] M. Hardt & A. Negri 2013, 33.

rendums im April 2017 noch als Volkswille, als „Triumph der Demokratie“ in der Türkei bezeichnet werden?

Die Gezi-Park Proteste aus dem Mai 2013 und die Ereignisse vom 17.-25. Dezember 2013 (Angehörige und Verwandte von Regierungsmitgliedern gerieten unter Korruptions- und Bestechungsverdacht), bilden die beiden Achillesfersen der Regierung. Die vom Staatspräsidenten aufgeforderten Massen, die in der Nacht zum 16. Juli und der darauf folgende Tage auf die Straße gegangen waren, um die Demokratie und das Vaterland zu schützen, wurden als das eigene „Gezi“ der Regierung dargestellt und bejubelt. Die Regierung selbst befördert zwei Bilder in den öffentlichen Diskussionen, teilt die Bevölkerung entlang dieser zwei Figuren: den „Vaterlandsverrätern,“ die feindlichen Kräfte, die nur darauf warten, um die türkische Nation zu zerstören und die „selbstlosen Helden,“[16] d.h. jene Polizisten, Soldaten oder Dorfschützer, die, im Dienst von vornherein bereit sein sollen, ihr Leben zu opfern für die heilige Aufgabe der Verteidigung des Vaterlands.[17]

In den öffentlichen Versammlungen und Diskussionen werden die Bevölkerungsmassen durch die rhetorischen, politischen und symbolischen Strategien der Regierung gelenkt und manipuliert. Dabei werden religiöse und kulturelle Symbole, islamische Referenzen und nationalistische Motive benutzt, um bei den Zuhörern kollektive Affekte wie Ärger gegenüber dem unmenschlichen Westen, Ärger gegenüber „Feinden“ im In- und Ausland, Entschlossenheit für das Regierungsprojekt „Neue Türkei“, ein Gefühl des Mitgliedseins eines größeren, heiligen Prozesses und der religiösen Gemeinschaft zu erwecken. Oder „Angst“ wird zu einem der effektivsten Mittel des Regierens. Angst davor, dass im Falle eines Nein-Ergebnisses zum Verfassungsreferendum, der Bevölkerung schlimmere Tage als 267 terroristische Anschläge pro Jahr bevorstünden, wie ein Berater des Staatspräsidenten vor einigen Wochen twitterte.

In der Öffentlichkeit wird Europa der „Islamophobie“ beschuldigt, dem eigenen Volk hingegen wird der islamische Märtyrerrang versprochen. Regimekritiker werden mit Terroristen gleichgesetzt. Durch solche rhetorische Taktiken, Gleich- oder Gegensetzungen wird die Zıvilgesellschaft entlang gegensätzlicher Seiten polarisiert und fragmentiert. Es wird angekündigt, dass der „16. April (2017) eine Abrechnung mit 15. Juli (2016) sein wird.“[18] Im Referendum mit „Nein“ zu stimmen wird gleichgesetzt mit „auf der Seite sein“ von PKK, der Gülenbewegung und der pro-kurdischen Partei HDP. Mit „Nein“ zu stimmen wird auch gleichgesetzt mit „nicht gläubig“ zu sein. Die mit „Ja“-Stimmenden hingegen sollen dabei auf der Seite des „Nationalen“ stehen, auf der die „eigentliche Identität des Volkes“ basiert. Es heißt wer mit „Ja“ stimmt, der liebe das Vaterland.

---

[16] https://www.ft.com/content/6af8aaea-0906-11e7-97d1-5e720a26771b

[17] http://www.tccb.gov.tr/konusmalar/353/61114/turkiyenin-yeni-guvenlik-konsepti-konferansinda-yaptiklari-konusma.html

[18] https://www.ft.com/content/6af8aaea-0906-11e7-97d1-5e720a26771b

Schon Anfang der 2000er Jahre haben Sozialwissenschaftler auf den fragmentierten Charakter der Zivilgesellschaft entlang kommunitärer Strukturen und klientelistischer Netzwerke in der Türkei hingewiesen.[19] Heute wird Zivilgesellschaft durch solche öffentlichen Diskurse immer mehr und weiter fragmentiert und polarisiert: entlang identitärer Zugehörigkeiten, entlang politischer Affiliationen und Anhängerschaften wie säkular, islamisch, liberal, kurdisch, alevitisch, konservativ, nationalistisch, feministisch oder kommunitär.

Wie ich schon in meiner Doktorarbeit diskutiert habe, hat der Zivilgesellschaftsdiskurs unter den verschiedensten Akteurinnen und ideologischen Ausrichtungen eine enorme Popularität seit Mitte der 80er Jahren in der Türkei genossen.[20] Die regierende Partei wusste auch schon damals, wie sie sich dieses Diskurses bedienen kann, als eine Basis der Legitimität der ansteigenden islamisch-konservativen Gruppen und als Basis für ihr Bündnis mit sogenannten liberal-demokratischen Intellektuellen. Damals wie heute wurden oft Redewendungen wie „mit Unterstützung der Zivilgesellschaft“ oder „die Bürger sind auf unserer Seite“ zu beliebten Phrasen untern den AKP-Politikern. Heute weist die regierende Partei mehrere eigene islamische Zivilgesellschaftsorganisationen auf, die in den Bereichen Frauen, Jugend, Familie, Menschenrechte und Kinder aktiv sind, und die einen Löwenanteil der Gelder und der Unterstützung der Regierung erhalten.[21]

Aktuelle Statistiken zeigen auf, wie in den letzten fünfzehn Jahren unter der regierenden Partei der Prozentanteil der Gewerkschaftsmitgliedern untern den Arbeitenden von ca. 58% auf 11.5% gesunken ist.[22] Offiziellen Statistiken zufolge liegt die Arbeitslosigkeit bei 12.1%, die Jugendarbeitslosigkeit bei ca. 23-24%.[23] Dagegen wird inoffiziell der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit noch viel höher geschätzt. Die Anzahl der Prostituierenden hat sich in den letzten fünfzehn Jahren mehrfach verdoppelt und in den letzten 5 Jahren wurden durchschnittlich 275 Frauen pro Jahr durch ihre Ehemänner oder männlichen Angehörigen ihrer Familien ermordet. [24] Immer mehr Kindesmissbrauch tritt in den letzten Jahren an die Öffentlichkeit.

---

[19]Siehe z. B.: Anıl Al-Rebholz (2010): Regieren der Geschlechterverhältnisse im Wandel: Transnationale Strategien der Frauenbewegungen in der Türkei, *Femina Politica*, Volume 2, 2010, S. 84.

[20] Anıl Al-Rebholz, 2012.

[21] Siehe z.B.: “Turkish women for and against more power for Erdogan rally in Istanbul”, Agence France, 5. Maerz 2017, https://www.pri.org/stories/2017-03-05/turkish-women-and-against-more-power-erdogan-rally-istanbul und Jessica Doyle, “Between control and co-option: The future of civil society in Erdoğan’s Turkey”, 14 Juni 2016, https://www.ngoadvisor.net/csos-erdogan-turkey-doyle/

[22] Siehe die Statistiken des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit:

https://www.csgb.gov.tr/home/contents/istatistikler/iscisendikauyesayilari/

[23] Siehe für einige Statistiken: http://www.tuik.gov.tr/UstMenu.do?metod=kategorist

[24] Siehe: https://kadincinayetlerinidurduracagiz.net/veriler/2786/kadin-cinayetlerini-durduracagiz-platformu-2016-yili-raporu

Während des Ausnahmezustands, so wird geschätzt, wurden durch erlassene Dekrete in 2016 um die 100.000 bis 130.000 Beamte entlassen. Auch die Medien waren davon betroffen. Allein mit dem Dekret vom 31. Oktober 2016 wurden um die 170 Radio- und TV-kanäle und Zeitungsverlage, darunter viele kurdische, geschlossen.[25]

Das am 16. April 2017 stattfindende Referendum wird von dem regierenden islamisch-nationalistischen Block als reine Form der repräsentativen Demokratie, als höchstes Anzeichen der Legitimität der regierenden Kräfte propagiert und instrumentalisiert. So wird plebiszitäre Demokratie, legitimiert als „Volkswille" oder als „nationaler Wille" zu einer Technik der anti-demokratischen Regierung in den Händen des historischen Blocks zwischen der islamisch-konservativen AKP und der nationalistischen Partei MHP. Dazu kommt die Tatsache, dass das Referendum unter undemokratischen Bedingungen, im noch andauernden Ausnahmezustand, stattfinden wird.[26]

Schlusswort

Wir erinnern uns an die überwachte Fabrik, wie oben dargestellt: wenn die Kameras wegsehen, wenn der Vorgesetzte fern ist - trotz der Unternehmensleitung schweigen die Arbeiterinnen nicht: sie flüstern. Sie reden leise darüber, wie hoch die Lebenskosten sind, während die Löhne so niedrig sind; wie hoch die Arbeitslosigkeit ist, über Kindesmissbrauch, über das durch die Abgeordneten der Regierungspartei vorgeschlagene Gesetz zur Reduzierung des Zustimmungsalters auf zwölf Jahre für zur Heirat vorgesehene Mädchen aus dem letzten November und ob sie mit „Nein" stimmen werden?

Die Zivilgesellschaft flüstert. Ob das ausreicht? Einige sind hoffnungsvoll, dass im Referendum die Mehrheit mit „Nein" stimmen wird. Andere fürchten, selbst eine Mehrheit wird die Regierung nicht davon abhalten, ihren bisherigen Kurs, die „neue Türkei" voranzutreiben, zu verwirklichen. Aus den Rissen dieses Blocks, bestehend aus Überwachung, Lenkung und Ekstase, flüstern die oppositionellen Kräfte und verlangen ihre Rechte und Freiheiten zurück.

Autorin

Asst. Prof. Dr. Anıl Al-Rebholz *ist Soziologin und Politologin. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen (B.A.) sowie der Soziologie (M.A.) an der Bosporus-Universität in Istanbul, promovierte sie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main 2009 am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften. Ihre Doktorarbeit mit dem Titel:*

[25] Ümit Alan, 28 Dezember 2016, Zeitungsartikel, http://www.birgun.net/haber-detay/16-baslikta-2016-da-medya-141053.html

[26] Deniz Yıldırım, "Referandum için Kazanma Stratejisi", Zeitungsartikel, 10 Dezember 2016, http://m.abcgazetesi.com/referandum-icin-kazanma-stratejisi-7479yy.htm

„Das Ringen um die Zivılgesellschaft in der Türkei: İntellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980“ wurde 2012 veröffentlicht. Nach zwei durchgeführten Forschungsprojekten zum Thema „Transnationale Migration“ in Deutschland, arbeitet und lehrt sie seit 2014 als Assistent Professorin an der Stiftungsuniversität Okan in İstanbul. Ihre aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind Transnationale Soziologie, Migration, politische Soziologie, Geschlechterstudien und soziale Bewegungen.

Kontakt: *anil.al@okan.edu.tr*

Weitere Informationen: *https://okan.academia.edu/ANILALREBHOLZ*

http://de.wikipedia.org/wiki/Anil_Al-Rebholz

Redaktion
BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Michaelkirchstr. 17/18
10179 Berlin
Tel.: +49 30 62980-114
europa-bbe@b-b-e.de
www.b-b-e.de